Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger / Schwerter Volkszeitung / Schwerter Volksblatt

Welthofener Zeitung · Aplerbecker Zeitung · Langscheder Zeitung · Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr.-Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde • Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. • Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 284 | Anzeigen-Preise: Lokale 10 Pf., Auswärtige 12 Pf., Familien-Anzeigen 8 Pf., Reklamen 50 Pf. Finanz-Anzeigen 12 Pf. | Dienstag, den 4. Dezember 1923 | Einzelnummer: 200 Milliarden Papiermark | 56. Jahrgang

Neues in Kürze.

Goldumrechnungssatz für Reichssteuern.

wtb **Berlin**, 3. Dez. (Tel.) Der Goldumrechnungssatz für die Reichssteuern am 4. Dezember beträgt eine Billion.

Die Regierungserklärung im Reichstag.

wtb **Berlin**, 3. Dez. (Tel.) Wie die B. Z. am Mittag erfährt, wird in der morgigen Reichstagssitzung ein Teil des Regierungsprogramms voraussichtlich vom Reichsminister des Innern Dr. Jarres vertreten werden. Es seien auch noch andere Ministerreden, so eine solche Dr. Stresemanns über die auswärtige Politik wahrscheinlich. An die Regierungserklärung werde sich eine Aussprache anschließen, die auch noch den Mittwoch in Anspruch nehmen dürfte.

Preisrückgänge in Berlin.

wtb **Berlin**, 3. Dez. (Tel.) Auf dem Berliner Fleischmarkt macht sich seit Samstag eine Verbilligung um etwa 30—40 Prozent bemerkbar. Auf dem übrigen Lebensmittelmarkt zeigte sich ein wesentlicher Preisrückgang noch nicht.

Prozeß gegen Hitler und Ludendorff.

wtb **München**, 3. Dez. (Tel.) Der Prozeß gegen Hitler und Ludendorff sowie die übrigen Teilnehmer am Münchener Novemberputsch dürfte in diesem Jahre nicht mehr zur Verhandlung kommen, sondern wahrscheinlich erst im Januar des nächsten Jahres, und zwar vor dem Volksgericht in München.

Die Fälligkeit der Steuern.

bb **Berlin**, 3. Dez. Wie die K. Volksztg. hört, plant die Reichsregierung eine Verordnung, durch die die im Januar fälligen Steuern bereits im laufenden Monat fällig werden.

Unterstützungsannahme verweigert.

wtb **Düsseldorf**, 3. Dez. (Tel.) In einzelnen Zahlstellen hat heute wiederum ein Teil der Erwerbslosen die Annahme der Wochenunterstützung abgelehnt. Zu Ruhestörungen ist es bis zur Mittagsstunde nicht gekommen.

Brotpreisherabsetzung in Berlin.

wtb **Berlin**, 3. Dez. (Tel.) Hier hat heute eine bedeutende Herabsetzung des Brotpreises stattgefunden, und zwar wurde der Einheitspreis für helles Brot auf 70, für dunkles Brot auf 75 Goldpfennig festgesetzt.

„Sächsische Werke".

wtb **Dresden**, 3. Dez. (Tel.) Die Regierung beabsichtigt, die staatlichen Kohlen- und Elektrizitätswerke in eine Aktiengesellschaft unter der Bezeichnung Sächsische Werke umzuwandeln. Die Zustimmung des Landtages hierzu wird durch die Vorlage eines besonderen Gesetzes sofort eingeholt. Dagegen sollen die übrigen werbenden Staatsbetriebe, die Hüttenwerke, das Blaufarbenwerk, die Porzellanmanufaktur und das Kalkwerk als reine Staatsbetriebe erhalten bleiben und wie bisher weiter bewirtschaftet werden.

Frachtstundungen.

wtb **Berlin**, 3. Dez. (Tel.) Der Reichsverkehrsminister hat nachgelassen, daß Frachtstundungsnehmer jederzeit auf ihr Stundungskonto Bareinzahlungen leisten können bis zur Höhe der Frachtbeträge, die innerhalb des Stundungszeitraumes aufkommen. Die Einzahlungen in Papiermark werden zum Kurse des Einzahlungstages angenommen und in Goldmark gutgeschrieben.

Wieder 90 Billionen fortgenommen.

wtb **Berlin**, 3. Dez. (Tel.) Am 29. November sind die Franzosen in die Druckerei von Marks in Mülheim an der Ruhr eingedrungen und haben dort 90 Billionen Reichsbanknoten fortgenommen.

Auswanderer.

wtb **London**, 3. Dez. (Tel.) Einer Blättermeldung aus Newyork zufolge werden am Samstag etwa 5000 deutsche, polnische und italienische Einwanderer eintreffen. Die zulässige Einwandererzahl ist damit nahezu erreicht. Die Beamten glauben, daß die Quote der Staatsangehörigen der drei genannten Länder binnen zehn Tagen erschöpft sein wird.

Wahlenthaltung der griechischen Opposition.

wtb **Athen**, 3. Dez. (Tel.) Die Blätter veröffentlichen einen gemeinsamen Beschluß sämtlicher Oppositionsparteien und der Antivenizelisten, darunter auch Zaimis, sich jeder Beteiligung an den Wahlen zu enthalten.

Grubenunglück in Sheffield.

wtb **London**, 3. Dez. (Tel.) Reuter meldet: In dem Runnerbergwerk bei Sheffield stürzten infolge Bruchs des Kabels zwei Fahrstühle in die Tiefe. Hierbei wurden 40 Bergleute getötet und mehr als 100 verwundet.

Die amerikanische Hilfe verschoben?

wtb **Newyork**, 3. Dez. (Durch Funkspruch.) Das Mitglied des Kongresses, Celler, hat erklärt, daß er mit Rücksicht auf Berichte, wonach einige Leute in Deutschland sich empörende Verbrechen gegen unschuldige Juden hätten zuschulden kommen lassen, die Einbringung der gemeinsamen Resolution aufschieben würde, durch die 25 Millionen Dollar zur Unterstützung der notleidenden Bevölkerung Deutschlands bewilligt werden sollen.

Selbstmord eines Prinzen.

wtb **Linz**, 3. Dez. (Tel.) Prinz Alexander zu Schaumburg-Lippe, der 22jährige Sohn des Prinzen Albrecht zu Schaumburg-Lippe, erschoß sich am Sonntag im Walde bei Munderfing in der Nähe von Mattighofen.

Eine Sitzung des Reichskabinetts.

wtb **Berlin**, 3. Dez. (Tel.) Das Reichskabinett nahm heute nachmittag den Bericht des Reichswährungskommissars Dr. Schacht über die bisherigen und über die weiter von ihm auf dem Gebiete des Währungswesens beabsichtigten Maßnahmen entgegen, die die Billigung der Reichsregierung fanden. Im Anschluß daran berichtete der Reichssparkommissar Minister a. D. Semisch über geplante Sparmaßnahmen. Der vom Reichsfinanzminister unterbreitete Plan für den Abbau und die Vereinfachung der behördlichen Organisation wurde gutgeheißen. Die Notwendigkeit einer tatkräftigen Durchführung des Beamtenabbaues wurde betont. Die Sitzung wurde um 8 Uhr abends unterbrochen zwecks Empfanges der Führer der Koalitionsparteien durch den Reichskanzler, der die Führer der deutschnationalen Volkspartei und der Sozialdemokratie bereits mittags empfangen hatte.

In der um 9 Uhr fortgesetzten Sitzung wurde auf Grund der Besprechung des Reichskanzlers mit den Parteiführern die parlamentarische Lage eingehend erörtert.

Der Reichsrat tritt morgen vormittag 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen, an der auch der Reichskanzler teilnehmen wird, um über den Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes zu beraten.

Der Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes.

wtb **Berlin**, 3. Dez. (Tel.) Der dem Reichsrat vom Reichsinnenminister vorgelegte Entwurf des Ermächtigungsgesetzes hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet. Eine Abweichung von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig.

Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind aufzuheben, wenn der Reichstag sie in zwei Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muß, verlangt.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft.

Verfassungändernd oder nicht?

ndz. **Berlin**, 3. Dez. Es entsteht die staatsrechtliche Frage, ob in dem Ermächtigungsgesetz in dieser Fassung eine Aenderung der Reichsverfassung liegt oder nicht. Wird in dieser Fassung eine Aenderung gesehen, so ist für die Annahme dieses Gesetzes eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage erforderlich, andernfalls genügt die einfache Mehrheit. Von vornherein ist anzunehmen, daß auf keinen Fall eine Zweidrittelmehrheit zugunsten der Regierung zu erreichen sein wird. Die Meinungen über die Frage, ob Verfassungsänderung oder nicht, sind in der Regierung und in den Parteien geteilt. Nach unverbindlichen Aeußerungen in Regierungsstellen nimmt man an, daß eine einfache Mehrheit genügen wird, weil das Gesetz die Verfassung nicht ändert, zumal ausdrücklich der Vorbehalt gemacht wird, daß die Regierung von Verfassungsbestimmungen nicht abweichen dürfe. In parlamentarischen Kreisen wird aber auch einer gegenteiligen Auffassung Ausdruck gegeben. Wir haben deshalb Veranlassung genommen, den Reichstagspräsidenten Loebe um eine Meinungsäußerung darüber zu ersuchen. Herr Loebe hat die Auffassung, daß „allein schon dadurch, daß der Reichstag auf seine Mitwirkung bei der Gesetzgebung während der Geltung des Ermächtigungsgesetzes verzichtet, die Reichsverfassung schon geändert wird, und daß sogar der erwähnte Vorbehalt im Gesetzestext aus diesem Grunde belanglos sei." Direkt strittige Auffassung über diese Frage zu entscheiden, liegt aber weder bei der Regierung, noch beim Reichstag, noch beim Reichsrat, sondern kann nur in diesem strittigen Falle in der praktischen Anwendung eines Gesetzes vom Richter gefällt werden dahin, ob ein erledigtes Gesetz unter den Erfordernissen für die einfache oder qualifizierte Mehrheit gemäß der Reichsverfassung zustande gekommen ist oder nicht. Wohl aber stellt der Präsident des Reichstags bei Gesetzen, die zweifellos eine Verfassungsänderung enthalten, zur Ausschließung späterer Meinungsverschiedenheiten fest, daß eine Zweidrittelmehrheit dafür gestimmt hat. Nach der erwähnten Auffassung aus Regierungskreisen wäre der Fall möglich, daß die Regierung schon ein Vertrauensvotum darin erblickt, wenn ihr das Ermächtigungsgesetz mit einfacher Mehrheit gegeben wird, andernfalls würde die Frage der Auflösung des Reichstags zur Erwägung gestellt. Die praktische Folge würde dann sein, daß zwar die Regierung nicht durch die besondere Ermächtigung, wohl aber auf Grund des Ausnahmezustandes gemäß Art. 48 der Reichsverfassung zum Erlaß von Verordnungen mit Gesetzeskraft befugt sein würde. Gegenstand solcher Verordnungen würden nach Artikel 48 der Reichsverfassung sein „alle der Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen."

Ueber das Ermächtigungsgesetz wird zunächst morgen vormittag im Reichsrat entschieden werden. Für morgen nachmittag ist es in erster und zweiter Lesung auf die Tagesordnung gesetzt worden. In dieser Sitzung werden voraussichtlich außer dem Reichskanzler Marx auch der Minister des Aeußeren Dr. Stresemann und der Minister des Innern Dr. Jarres das Wort ergreifen.

Der Reichswehrminister über die Entwaffnung.

wtb **London**, 3. Dez. (Tel.) Reichswehrminister Geßler erhob in einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des Daily Expreß in Berlin starken Einspruch gegen die in den jüngsten alarmierenden Berichten enthaltene Behauptung, daß Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages wegen der Entwaffnung und Verfertigung von Kriegsmaterial verletze. Er erklärte, seit dem Waffenstillstand sei nicht ein einziges Gewehr, Maschinengewehr und Geschütz in Deutschland darüber hinaus hergestellt worden, was von der interalliierten Mission gestattet und kontrolliert werde. Die Mission habe die Zerstörung einer festgestellten Zahl von Anlagen zur Verfertigung von Kriegsmaterial angeordnet und diese Anordnung sei ausgeführt worden. Man könne vollkommen sicher sein, daß, wenn irgend welche Wahrheit in einer von London veröffentlichten Mitteilung enthalten wäre, die Kommunisten, die in allen Betrieben vertreten seien, dies seit langem bereits öffentlich kundgegeben haben würden. Es sei wahr, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen der Mission und der deutschen Regierung bestanden haben, aber nur über Fragen, die die Uebersichten, die Deutschland über seine Rüstungen zurzeit des Waffenstillstandes geben mußte, sowie der augenblicklichen Rekrutierungslisten betreffend. Im Falle der Waffenstillstandsliste halte die deutsche Regierung aufrecht, daß es eine physische Unmöglichkeit sei, all die Rüstungseinheiten nachzuprüfen, um eine korrekte Uebersicht zu geben. Im Falle der Rekrutierungslisten sei die deutsche Auslegung der Bestimmungen des Versailler Vertrages, daß interalliierte Kontrollkommissionen befugt sind, in Deutschland zu arbeiten, nur soweit die Zerstörung von Kriegsmaterial und die Auflösung früherer Heereseinheiten in Betracht komme, während die Kontrolle der Rekrutierung für das neue Heer oder jede weitere Kontrolle von dem Völkerbund ausgeführt werden müsse. Daher habe es Deutschland abgelehnt, die Listen zu unterbreiten.

Ernste Finanzlage in Bayern.

wtb **München**, 3. Dez. (Tel.) Die Korresp. Hoffmann teilt mit: Die finanzielle Lage des bayrischen Staates ist außerordentlich ernst. Der Finanzminister glaubt die Verantwortung nur noch tragen zu können, wenn mit aller Beschleunigung die Sparmaßnahmen in der Staatsverwaltung durchgeführt werden. Die Staatsregierung hat nun in einer Bekanntmachung betr. Maßnahmen zur Einleitung einer großzügigen Sparpolitik getroffen. Die Bekanntmachung weist auf die Notwendigkeit hin, daß einerseits die Angleichung der Steuern und sonstigen Einnahmen an den augenblicklichen Wert des Geldes und anderseits weitestgehende Einschränkung aller Ausgaben erfolgen müßten, damit sie durch die Einnahmen wieder gedeckt werden könnten. Die Bekanntmachung stellt weiter eine Reihe von Grundsätzen auf, nach denen künftig verfahren werden soll. So können für Neu- und Umbauten bis auf weiteres grundsätzlich Mittel nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Auch Wasser- und Straßenbauten seien bis auf weiteres soweit als tunlich zurückzustellen. Kulturbauunternehmen seien grundsätzlich nur noch dann in Angriff zu nehmen, wenn die Kosten zum größten Teile von den Beteiligten selbst ohne Inanspruchnahme des Staates aufgebracht würden. Es handelt sich um Maßnahmen, zu deren Ausführung die Staatsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit ermächtigt ist. Darüber hinaus soll, wie wir hören, durch ein eigenes Ermächtigungsgesetz für die Staatsregierung weitgehende Befugnis für die Wiedergesundung des Staatshaushalts gefordert werden.

Herabsetzung der Fleischpreise.

bb **Berlin**, 3. Dez. (Privattel.) Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat am 30. November mit den Vertretern des Fleischergewerbes eine Besprechung über die Herabsetzung der Fleischpreise stattgefunden. Die Beteiligten wurden aufgefordert, die gegenwärtigen Preise unverzüglich herabzusetzen und für die Zukunft die Preise in Goldmark zu berechnen. Sollte die Herabsetzung nicht oder nur in ungenügendem Maße erfolgen, dann ist es die Aufgabe der Preisprüfungsstellen und Polizeibehörden, mit allem Nachdruck einzugreifen. Auch mit anderen Kreisen des Nahrungsmittelgewerbes wird das Reichsministerium für Ernährung u. Landwirtschaft in Fühlung treten, um eine allgemeine Senkung der Lebensmittelpreise zu erzielen.

Der Kampf um die höhere Schule.

Von Staatsminister Dr. Boelitz.*)

Die Bildungsideale der höheren Schule waren in den Stürmen der Revolution besonders heiß umstritten. Waren schon während des Krieges nicht unerhebliche Mängel des höheren Schulwesens freimütig anerkannt worden (vgl. Norrenbergs Buch aus dem Jahre 1916: „Die deutsche höhere Schule nach dem Weltkriege"), so gesellten sich nach dem Zusammenbruch zu denen, die in offener Kritik durch bedeutsame Reformvorschläge der höheren Schule der Zukunft aufrichtig dienen wollten, in den Tagen der Staatsumwälzung laute Stimmen und Klagen, welche die bisherige höhere Schule als das Grundübel der Zeit bezeichneten und die sogar den unglücklichen Ausgang des Weltkriege, in einer durch falsche Erziehung durch die höhere Schule verbildeten Nation erblickten. Im preußischen Parlament ist das harte Wort gefallen, daß, wie einst der Sieger von Königgrätz der preußische Volksschullehrer gewesen sei, so der Weltkrieg verloren worden sei durch den deutschen Oberlehrer. Schwerer als diese von politischen und agitatorischen Gesichtspunkten eingegebenen Worte wog die Kritik derer, die in einer Umstellung des gesamten Schulwesens eine neue Grundlage der Volkserziehung schaffen wollten.

Schon „aus dem Schützengraben" hatte man gegen die Zerrissenheit unseres höheren Schulwesens ernsten Einspruch erhoben. Man verlangte möglichste Einheit und Einfachheit in Form und Gestaltung. Da begegnen sich Wünsche, die auch schon vor dem Kriege, namentlich auf den großen Tagungen der deutschen Volksschullehrer, laut geworden waren und die als Einheitsschule einen von Grund aus neuen Aufbau der „Deutschen Volksschule" forderten, der für die bisherigen höheren Lehranstalten kaum noch Raum ließ. Sie gingen von einer sechsjährigen Grundschule aus, auf der sie eine dreijährige „Mittelschule" und eine weitere dreijährige „Oberschule" aufbauten, so daß als höhere Schule im bisherigen Sinne des Worts lediglich dieser dreijährige Aufbau übrigblieb (Tews). Das Gewicht der Stimmen, die diese einheitliche „Deutsche Volksschule" forderten, war verhältnismäßig stark. Hinter Tews standen viele Tausende deutscher Volksschullehrer, die sich für sie einsetzten. Es handelte sich also bei diesen Forderungen um einen möglichst massiven Unter- und Mittelbau einer erst dann stark differenzierenden Ausbildung für die gelehrten Berufe. Eine gewissermaßen automatische Selbstauslese der Begabten durch die Volksschule und aus der Volksschule heraus war neben der sozialen Forderung der Grundgedanke dieser Reform. In dieser Einheitsschule erblickten manchem der Begriff der neuen Schule am klarsten ausgebreitet, und ein Mann wie Harnack hat auf der Reichsschulkonferenz diesem Gedanken als dem eindeutigsten und ergrei-

*) Aus dessen soeben erschienenen Buch „Der Aufbau des preußischen Bildungswesens nach der Staatsumwälzung" (161 S. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig). Dieses Buch erhält seine besondere Bedeutung dadurch, daß darin der Chef der Preußischen Unterrichtsverwaltung selbst die Gestaltung des preußischen Bildungswesens nach der Staatsumwälzung zur Darstellung bringt. In gedrängter Form und doch alle Probleme klar herausarbeitend, zeigt das Werk, wie die Preußische Unterrichtsverwaltung sich in den letzten 5 Jahren mit den Ideen der neuen Zeit auseinandersetzt und wie sie zugleich das gesamte preußische Schulwesen, einschließlich der Hochschule, organisiert hat.

Deutsche Wirtschaftszahlen

am 4. Dezember.

(Die Zahlen in Milliarden.)

Großhandel für das Reich am 27. XI.	1423,4
Lebenshaltg. „ „ am 26. XI.	1535
1 Goldmark nach dem Berliner Dollarkurs	1000
Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 4. XII.	1000
Goldmarktkurs der Reichsbahn für Personen- und Güterverkehr	1000
Anzeigenschlüssel vom 21. XI. ab	1400
Buchschlüssel	1150
Ankaufspreis f. Reichssilbermünzen ab 3. XII.	300
Steuerermäßigungsmultiplikator in der Woche vom 2. XII.—8. XII.	85000
Goldankaufspreis der Reichsbank am 3. XII. für ein Zwanzig-Mark-Stück	19,257,384,000,000 M
Fernbrief ab 1. XII.	10 Bfg
Fernpostkarte ab 1. XII.	5 Bfg

Der Dollar am 3. XII. 23

Dollarkurs Geld: 4 189 500 000 000 / Brief: 4 210 500 000 00

fendsten seine Sympathie ausgesprochen, ihn dann aber angesichts der Notwendigkeiten unseres viel verzweigten Kulturlebens, vor allem wegen seiner offenbaren Unterschätzung der Voraussetzungen für erfolgreiches wissenschaftliches Leben und Forschen, verworfen. Dieser Plan mußte scheitern; schon in der Reichsschulkonferenz drang er nicht durch, und es ist Tews hoch anzurechnen, daß er als Vertreter der Volksschullehrer mit dem Vertreter der Philologenschaft ein Kompromiß einbrachte, das die vierjährige Grundschule forderte, dann aber auf dieser Grundlage ein weitverzweigtes System höherer Lehranstalten sich erheben ließ. Damit hatte der Gedanke der „Deutschen Volksschule", für die sich Tews sein ganzes Leben eingesetzt hatte, seine Stoßkraft verloren. Der Gedanke der „differenzierten Einheitsschule" hatte über rein schematische Forderungen gesiegt. Die Propaganda für den Einheitsschulgedanken Tews verstummte in Preußen.

Nicht minder scharf war in den Tagen der Umwälzung der Kampf, der von seiten der sogenannten Entschiedenen Schulreformer gegen die bestehenden höheren Lehranstalten unternommen wurde und der heute noch nicht ganz erloschen ist. Ihre Zahl ist vielleicht kleiner geworden; aber das Häuflein derer, die für die Gedanken der von ihnen geforderten Schule kämpfen, hat sich eng zusammengedrängt. Auf der Reichsschulkonferenz waren sie durch Karsen und Oestreich vertreten. Ihr Kampf richtet sich mit herbster Kritik gegen die bisherigen höheren Lehranstalten. Sie seien nur Schulen eines toten Historismus, des unlebendigsten Rationalismus gewesen. Lediglich in der Vergangenheit lebend, hätten sie den schematisierenden Verstand als Mittel individueller Welthewältigung gepflegt. Analog, Sozialistentum sei der Charakter der Arbeit der höheren Schulen, und nirgendwo eröffne sich der Zugang zu den Unendlichkeiten des ins unendliche Lebens. Spaltung und Trennung sei ihr eigentliches Gepräge. Spaltung und Trennung sei auch, was sie durch ihre Existenz und Arbeit erreichten. Das System der höheren Schulen biete das getreue Bild des Zeitalters der inneren Unfreiheit und des fachlichen Spezialismus. Das waren und sind auch heute noch die Anklagen. Demgegenüber fordern die Entschiedenen Schulreformer die Erlebnisschule, die Produktionsschule, die allein die positive Kraft des Formen suchenden und Formen gestaltenden Lebens schaffe. Ihre Aufgabe ist es, so sagen sie, dieses Leben, das sich jedem in anderer Form offenbart, aber trotzdem immer ein und dasselbe Leben ist, das alle Wesen, alle Menschen umgibt, zu entbinden, zum Erleben zu gestalten. Das aber ist nicht möglich nach allgemeinen Begriffen, nicht nach einem geheiligten Schema, nicht nach praktischen Forderungen, die die Kultur der Gegenwart stellt, sondern allein aus dem Kern seines Lebens. „Nicht das Außen hat den Menschen zu gestalten, sondern der Mensch ist zu seiner Darstellung zu bringen, möge er das Außen formen, wie er will." Ihrer Methode nach — die Schule ist eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft — wie nach ihrem Aufbau — die Schüler verteilen sich ihrer Neigung und ihrem Willen gemäß auf Arbeitsgemeinschaften — bedeutet diese Schule des Erlebens die völlige Auflösung der alten höheren Schultypen, ihres Jahres- und Klassensystems. In einem radikalen Bruch mit der Vergangenheit will sie Neues schaffen und übersieht dabei, daß sie dieses Neue schaffen will mit Lehrern und Menschen, die jene Ideen ablehnen. Es ist eine Utopie, die die Reichsschulkonferenz mit einer starken Mehrheit verworfen hat. Mögen einzelne Versuche mit der Erprobung solcher Ideen unternommen werden; sie sind vielleicht zu begrüßen; aber für den Aufbau unseres gesamten Bildungswesens können solche Gedanken nicht richtunggebend sein.

Politische Umschau

Eine Caritas-Opferwoche.

Der Deutsche Caritas-Verband, die Zusammenfassung aller Organisationen, Anstalten und Einrichtungen der katholischen Wohlfahrtspflege Deutschlands, ruft in diesen Tagen zu einem sehr zeitgemäßen Hilfswerk auf zur Linderung der Riesennot dieses Winters. Während einer der Vorbereitungswochen auf das Weihnachtsfest sollen die Katholiken möglichst vollzählig sich jeder irgendwie vermeidbaren Ausgabe (Tabak, Alkohol, Vergnügen, sonstiger Luxusaufwand) enthalten und das auf diese Weise Ersparte durch Vermittlung der Caritasverbände in den einzelnen Orten und Bistümern für die zahlreichen Notleidenden zur Verfügung stellen. Es wird daraufhin gewirkt, daß während dieser Caritas-Opferwoche jeder, der nicht selbst bereits mit den Fluten der Not zu kämpfen hat, wenigstens für eine Woche das Brot für einen Bedürftigen aufzubringen sucht, was den Gegenwert von mindestens einer Goldmark entsprechen würde. Es ist zu hoffen, daß diese großzügige Hilfsaktion, deren Plan auch die besondere Anerkennung des Papstes Pius XI. gefunden hat, von einem günstigen Erfolg begleitet sein wird.

Außerordentlicher Parteitag der VSPD.

wtb **Berlin**, 3. Dez. (Privattel.) Nach einer Meldung aus Dresden trat ein außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Sachsens gestern dort unter strengstem Ausschluß der Oeffentlichkeit zusammen. Wie verlautet, hat als Vertreter des Parteivorstandes der frühere Reichsfinanzminister Hilferding die Politik des Berliner Parteivorstandes verfochten, die sich namentlich gegen ein Bündnis mit den Kommunisten wendet. In der Aussprache sollen aber zahlreiche Vertreter gegen diese Ansicht des Parteivorstandes aufgetreten sein, und es sollen entsprechende Entschließungen gefaßt worden sein.

Deutscher Einspruch.

bb **Berlin**, 3. Dez. (Tel.) Die deutsche Regierung hat der belgischen Regierung eine Note überreichen lassen, in der Protest dagegen erhoben wird, daß die belgische Regierung in Duisburg rollendes Eisenbahnmaterial, das zur Ablieferung an die Reichsbahnverwaltung bereit stand, beschlagnahmen ließ. Die belgische Regierung hatte dabei erklären lassen, daß aus dem Erlös die Entschädigung für die Tötung des Leutnants Graff zugunsten der Familie Graff und des belgischen Roten Kreuzes in Höhe von 1 250 000 Fr. bezahlt werden sollte. Die deutsche Regierung hatte vorgeschlagen, die Angelegenheit dem internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zu unterbreiten und protestiert dagegen, daß die Macht mißbraucht wurde, um eine einseitig erhobene Forderung zu entscheiden. Dabei wird hervorgehoben, daß für die mit dem Fall Graff zusammenhängende Erschießung des deutschen Polizeibeamten Chmielewski Belgien noch nicht die geringste Bezahlung angeboten oder geleistet hat. Gegen dieses dem Völkerrecht und dem Gerechtigkeitsempfinden widersprechende Verhalten erhebt die deutsche Regierung Protest.

Die Goldgehälter der Beamten.

bb **Berlin**, 2. Dez. Die Verhandlungen der Finanzverwaltung mit den Beamtenorganisationen über die neue Regelung der Gehälter auf Goldbasis sind noch nicht beendet. Nach dem von der Regierung vorgelegten Entwurf sollten die Jahresgehälter in den einzelnen Besoldungsgruppen betragen

1	540— 762	Goldmark
2	630— 840	„
3	696— 930	„
4	801—1074	„
5	942—1254	„
6	1122—1494	„
7	1380—1860	„
8	1620—2160	„
9	1890—2520	„
10	2250—3000	„
11	2610—3486	„
12	3060—4080	„
13	3750—4950	„

Hierzu kommen an jährlichen Ortszuschlägen:

Ortsklasse A	120—300	Goldmark
„ B	120—252	„
„ C	84—216	„
„ D	72—186	„
„ E	60—150	„

Die jährlichen Frauenzulagen sollten 84 Goldmark betragen, die Kinderzulagen je nach dem Alter der Kinder 132, 150 oder 168 Goldmark jährlich.

Ueber die Absichten der Finanzverwaltung hat sich der Finanzminister auf eine Anfrage im Reichstag hin wie folgt geäußert:

„Die Verhandlungen über die Festsetzung der Goldlöhne für die Arbeiter sind abgeschlossen. Im Anschluß hieran sind die Vorarbeiten für die Festsetzung von Goldgehältern für die Beamten im Gange. Es ist beabsichtigt, den Beamten, Pensionären und ihren Hinterbliebenen die Bezüge in voller Höhe in wertbeständigen Zahlungsmitteln zu zahlen, sobald solche dem Reich in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Die vierteljährliche Vorauszahlung der Beamtengehälter soll sobald wie möglich wieder durchgeführt werden, wenn die währungs- und finanzpolitischen Verhältnisse im Reiche derart befestigt sein werden, daß die Gründe, die zu der Aufhebung dieser Vorauszahlungen geführt hatten, nicht mehr vorliegen. Bei der derzeitigen Finanzlage des Reiches war es bisher nicht möglich, die Bezüge der Beamten, Pensionäre und Hinterbliebenen in einem bestimmten gleichbleibenden Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten festzusetzen. Nach der bevorstehenden Festsetzung dieser Beträge in Gold wird jedoch ein im wesentlichen unveränderliches Verhältnis zwischen ihnen und den Kosten der Lebenshaltung entstehen."

Rhein und Ruhr.

Die Einreise ins besetzte Gebiet.

* **Essen**, 1. Dez. Für die Einreise aus dem unbesetzten ins besetzte Gebiet ist ein Geleitschein erforderlich, den diejenige Division ausfüllt, in deren Bezirk der Antragsteller heimisch ist. Es hat sich herausgestellt, daß dies Verfahren sehr langwierig ist, da die Geleitscheine meist erst dann eintreffen, wenn sie nicht mehr benötigt werden. Für den Bereich der 77. französischen Division, deren Bezirk sich im allgemeinen mit dem Handelskammerbezirk Essen, Mülheim (Ruhr) und Oberhausen und außerdem die Kreise Heiligenhaus und Velbert), sind durch Vermittlung der Handelskammer Essen folgende Erleichterungen eingetreten: die Ausstellung der Geleitscheine erfolgt durch die Handelskammer Essen, Bismarckstraße 13. Es muß mit einem kurzen schriftlichen Antrag eingereicht werden: 1. ein mit einem Lichtbild versehener Personalausweis, der von der Polizeibehörde des Ortes im unbesetzten Gebiet ausgestellt sein muß, in dem der Antragsteller wohnhaft ist; 2. zwei unbeschriebene und unbestempelte Photographien; 3. 22 französische Francs. Die Rücksendung erfolgt spätestens am nächsten Tage nach Eingang dieser Papier- und Portokosten.

Herabsetzung der Truppenstärke?

* **Paris**, 2. Dez. Havas berichtet aus Brüssel: Etoile belge bestätigt, daß zurzeit zwischen der französischen und der belgischen Regierung ein Meinungsaustausch über die Form der weiteren Besetzung des Ruhrgebietes stattfinde. Das Blatt glaubt zu wissen, daß mit dem Tage, wo die Sicherheit der technischen Kommission gewährleistet sei, der Zustand vom Januar wiederhergestellt werden könne. Die Benachrichtigung einer Anzahl Ausgewiesener, die daraufhin wieder in das Ruhrgebiet zurückkehren könnten, sei in aller Kürze zu erwarten.

Der Matin erklärt, offenbar beeinflußt, zu den Meldungen belgischer und englischer Blätter über eine bevorstehende etwaige Verminderung der französisch-belgischen Truppen im Ruhrgebiet, diese Herabsetzung werde in der Tat nicht allein von der belgischen, sondern auch von der französischen Regierung gewünscht. Poincare habe kürzlich in dieser Hinsicht sehr bestimmte Erklärungen abgegeben. Die Beendigung des passiven Widerstandes ermögliche General Degoutte allerdings, an eine Verminderung seiner Truppenstärke zu denken, aber diese Maßnahme könne entsprechend dem besonderen Charakter der augenblicklichen Lage in den besetzten Gebieten jenseits des Rheins nicht schon jetzt eingeleitet werden.

Auch das Echo de Paris meint, die französische Regierung werde es General Degoutte überlassen, in einem ihm geeignet erscheinenden Augenblick zu erklären: Der passive Widerstand ist verschwunden, was dem Signal zu einer gewissen Umgruppierung der Truppen im Ruhrgebiet gleichkommen würde. Mehr aber lasse sich für den Augenblick nicht sagen.

Eingezogene Separatistenfahnen.

wtb **Bonn**, 3. Dez. (Tel.) Auf Veranlassung der Besetzungsbehörde ist heute vom Rathause die Fahne der Sonderbündler heruntergeholt worden. Die Sonderbündler haben sich in die Privatwohnung eines Mitgliedes des Ausschusses begeben, um hier ihre Tätigkeit weiter fortzuführen. Auch in Beuel, Königswinter, Godesberg usw. sind die Sonderbündler aus dem Rathause entfernt und die Fahnen eingezogen worden.

Die Separatisten in der Pfalz.

wtb **Zweibrücken**, 3. Dez. (Tel.) Heute vormittag kamen die Sonderbündler in einem Sonderzug von Pirmasens in Stärke von 200 Mann hier an. Sie besetzten Post und Rathaus. Zu einer eigentlichen Besetzung der Aemter ist es aber nicht gekommen. Vom Balkon des Rathauses wurde eine Rede gehalten und erklärt, daß nunmehr die Herrschaft der Separatisten sich über die ganze Pfalz ausdehne und in der die autonome Pfalz proklamiert wurde. Am Nachmittag zog der größte Teil der separatistischen „Soldaten" wieder ab. Nur ein Trupp von 25 Mann blieb zurück. Der sog. Regierungskommissar hat im Bezirksamt seinen Sitz. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. — Schutzpolizei und Gendarmen stehen unter dem Befehl der Besetzungsbehörden. Die Beamten versehen ihren Dienst wie bisher.

5 Jahre Normungsarbeit.

bb **Berlin**, 1. Dez. Die Notwendigkeit, billiger zu produzieren und dabei die Güte unserer Erzeugnisse zu verbessern, wird seit Jahren betont. Ein Mittel, das zu erreichen, ist die Vereinheitlichung. Was auf diesem Gebiet dank unendlicher Kleinarbeit bisher geleistet worden ist, zeigten die heutigen Verhandlungen des Normenausschusses der Deutschen Industrie, der unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung heute vormittag hier im Ingenieurhaus seine Jahrestagung abhielt. Behörden, alle maßgebenden technisch-wissenschaftlichen Körperschaften sowie die führende Industrie und Fachkreise hatten ihre Vertreter entsandt.

Der Vorsitzende Baurat Dr.-Ing. e. h. Neuhaus, Generaldirektor von Borsig-Tegel, konnte außer dem Vertreter Hollands, der Schweiz und der Tschechoslowakei, wo ähnliche Vereinheitlichungs-Bestrebungen im Gange sind, begrüßen. Er betonte dann, daß die Arbeiten des Normenausschusses der deutschen Industrie (N. D. I.) ihren Nährboden nicht allein in materiellen Beweggründen haben, sondern in erster Linie in einem tiefen Verantwortlichkeitsgefühl, das unsere Ingenieure gegenüber den Aufgaben der Gemeinschaft für das Gemeinwohl empfinden. Mit besonderem Beifall wurde sein Hinweis aufgenommen, daß einige, wenn auch wenige Industriekreise mit der Ruhe eines etwas robusten Gewissens als Nutznießer an den Opfern auftreten, zu denen sich weitsichtige Firmen entschlossen haben.

Der N. D. I. hat bereits 100 000 Normenblätter und deutsche D. I. N.-Bücher herausgebracht. Bereits auf zahlreichen Gebieten, so bei Passungen, Schrauben, Gewinden, in der Elektrotechnik, im Lokomotivbau usw. hat die Normung erfreuliche Fortschritte gemacht, auf anderen sind freilich kaum die Anfänge vorhanden.

Erfreulicherweise zeigt sich eine internationale Annäherung in der Normung zwischen den einzelnen Ländern. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Direktor Hellwich, der über die in Zürich Anfang Juli d. Js. abgehaltene offiziöse Zusammenkunft der Sekretäre der verschiedenen Normenausschüsse berichtete, konnte in dieser Hinsicht sehr bemerkenswerte Ergänzungen machen. An dieser Zusammenkunft waren beteiligt: Amerika, Belgien, Kanada, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei.

Geheimrat Prof. Dr. Klingenberg, Direktor der AEG., befürwortete im Auftrage des Verbandes der technisch-wissenschaftlichen Vereine eine Normung der technischen Zeitschriften nicht nur in Papierformat, sondern im Spiegel und den Rändern nach. Der Formatenausschuß erklärte sich bereit, die nötigen Schritte einzuleiten.

Alsdann gab Dr.-Ing. Kienzle eine Uebersicht über den jetzigen Stand der Normung. Im Anschluß daran schilderte er noch die Aufgaben, die der Lösung harren. Das tägliche Leben bietet eine gerade erdrückende Fülle von Beispielen für völlig unbegründete Verschwendung an Stoff und Arbeit und für zahllose Unbequemlichkeiten, die uns aus der Willkür der Produktion erwachsen. Man kann fast sagen, daß es heute noch eine Seltenheit ist, wenn zusammengehörige Dinge zueinander passen; es sei denn, daß man bei der Beschaffung von Ersatzteilen verzweifelt nach dem Hersteller sucht, den man in der Regel nicht findet.

Bislang hat so ziemlich nur der Maschinenbau, vielleicht noch die Elektrotechnik und das Bauwesen den Gedanken der Vereinheitlichung wirklich erfaßt. Alle anderen produzieren wild darauf los, und zwar in der Regel auf dem Rücken des Verbrauchers.

Aus Nah u. Fern.

Raubmord.

* **Hannover**, 1. Dez. In dem in der Georgstraße in Hannover gelegenen Kontor der Rohproduktenfirma Katzenstein u. Blank ist der aus Frankfurt a. M. stammende 25 Jahre alte Prokurist Josef Strauß einem Raubmord zum Opfer gefallen. Man fand den Ermordeten mit mindestens 16 Hieb- oder Messerstichen im Kopf. Dem unbemerkt entkommenen Täter dürfte außer der Brieftasche des Getöteten nicht viel in die Hände gefallen sein, da der Geldschrank zufällig keine größere Summe enthielt. Strauß war der Ernährer seiner alten Mutter.

Gegen den Wucher.

* **Hamburg**, 2. Dez. Auf dem Fischmarkt wurde einem Kartoffelhändler, der die Annahme der Papiermark als Zahlungsmittel verweigerte, von der Wucherpolizei der ganze Vorrat beschlagnahmt. Weitere fünfzehn Zentner bei einem Großhändler, der dem fraglichen Kleinhändler nur gegen Goldmark lieferte. — Auf dem Schweinemarkt wurden einem Händler 17 Schweine beschlagnahmt, weil er Wucherpreise forderte. Kartoffeln und Fleisch wurden sofort zugunsten der Notleidenden verkauft.

Gefälschte Dollarschatzanweisungen.

* **Frankfurt**, 3. Dez. In Frankfurt ist eine Falschmünzerbande festgenommen worden, die Dollarschatzanweisungen anfertigte und in den Verkehr brachte. Der Führer der Bande ist ein Johann Busch, der in Friedberg (Hessen) erwischt wurde, als er einen falschen Schein anzubringen versuchte. Es scheint sich um die gleiche Gesellschaft zu handeln, die im September ds. Js. falsche Zweimillionenscheine in großem Umfange in Umlauf setzte.

Dammbruch in Oberitalien.

wtb **Bergamo**, 3. Dez. (Tel.) Infolge der starken Regenfälle in den jüngsten Tagen ist der Spiegel des künstlichen Glenosees, der als Behälter für elektrische Zentralen diente, außerordentlich stark gestiegen, wodurch ein Dammbruch hervorgerufen wurde. Eine Wassermenge von 2 Millionen Kubikmeter hat das Tal angefüllt und die drei Dörfer Dezzo, Gandine und Corna überschwemmt. Es sind ungefähr 600 Opfer zu beklagen, von denen bisher 137 geborgen sind. Der Schaden beläuft sich auf einige Hundert Millionen. Auch eine große Anzahl Vieh ist von dem Wasser fortgerissen, sowie Verbindungen zerstört worden. Die Behörden von Bergamo und Brescia haben sich sogleich an den Unglücksort begeben. Militär arbeitete unermüdlich an den Rettungsarbeiten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten und der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium sind gleichfalls an Ort und Stelle eingetroffen.

Deutschlands Beileid.

wtb **Berlin**, 3. Dez. (Tel.) Der Reichsminister des Auswärtigen hat heute dem italienischen Botschafter das aufrichtige Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung anläßlich der Ueberschwemmungskatastrophe ausgesprochen.

Sensationeller Tod eines Knaben.

* **Paris**, 3. Dez. (Tel.) Der 15jährige Sohn des bekannten royalistischen Führers und Abgeordneten Leon Daudet wurde vor einigen Tagen als „Unbekannt" tot in ein Hospital eingeliefert, nachdem er auf geheimnisvolle Weise in einem Kraftwagen erschossen worden war. Man nahm zuerst Selbstmord an. Die hiesige anarchistische Zeitung Libertaire veröffentlichte einen Abschiedsbrief des jungen Daudet an seine Mutter, in dem er als Grund seines Selbstmordes die Zugehörigkeit zu anarchistischen Verbänden angibt. Tatsächlich war der Knabe nervenleidend und in ärztlicher Behandlung. Leon Daudet hat nun gegen Unbekannt Anzeige wegen Mordes erstattet. Es wird angenommen, daß der junge Daudet sich unter falschem Namen in anarchistische Vereine habe aufnehmen lassen, um einer Verschwörung gegen seinen Vater auf die Spur zu kommen.

Die Opfer des Erdbebens in Japan.

* **Paris**, 1. Dez. Nach einer Blättermeldung aus Tokio ergeben die vom Kriegsministerium veröffentlichten Aufstellungen über die Opfer des Erdbebenunglücks im September, daß die Gesamtzahl der Toten sich auf 99 375 beläuft, darunter 68 215 in Tokio und 29 228 in Yokohama. Die Zahl der Verletzten beträgt 113 071, die der Vermißten und vermutlich Toten etwa 43 000.

Feuerversicherungsgesellschaften u. Erdbeben in Japan.

wtb **Tokio**, 3. Dez. (Tel.) 25 Feuerversicherungsgesellschaften haben sich bereit erklärt, mit Unterstützung der Regierung 10 Prozent der Beträge zu zahlen, die nach dem Erdbeben von ihnen verlangt wurden. Im Laufe der nächsten parlamentarischen Sondertagung werde die Regierung einen Gesetzentwurf einbringen, worin die Versicherungsgesellschaften hundert Millionen Yen zur Verfügung gestellt werden. Nach offiziellen Schätzungen werden die Gesamtkosten für den Wiederaufbau sich auf 597 Millionen Yen belaufen, davon 400 für Tokio, 46 für Yokohama.

Mit Tinte um den Aequator.

Ein englischer Mathematiker hat sich die Zeit genommen, auszurechnen, wieviel Kilometer ein Mensch während der Dauer seines Lebens mit Schriftzügen bedeckt. Er ging von der Voraussetzung aus, daß ein schneller Schreiber in der Minute 30 Worte zu Papier bringt. Diese 30 Worte mit dem Drum und Dran der Schnörkel und Schleifen dehnen sich in gerader Linie mindestens über 25 Meter aus. Mit einer Feder, die zehn Stunden lang nicht zur Ruhe kommt, kann man ein Schriftband von beinahe einem Kilometer zurücklegen. Ein Beamter, der bei achtstündiger Arbeitszeit 50 Jahre lang schreibt, bringt es auf eine Strecke von etwa 8000 Kilometern, und ein Büro mit vier Leuten würde während derselben Zeit mit Tinte eine Linie ziehen, die etwa der Länge des Aequators gleich kommt. Die wer weiß wieviel Beamten der Behörden schreiben sich also binnen ganz kurzer Zeit bis zu den Gestirnen hinauf. Vielleicht hat der Engländer, dem wir diese Weisheit verdanken, auch die Geduld, auszurechnen, wann sie den Mars, die Sonne und andere Gestirne erreichen.

Ein „Gerstenkonto" beim Wirt.

Die ungeheure Bierverteuerung hat in Deutschland verschiedentlich dazu geführt, daß Bauern beim Wirt ein sogenanntes „Gerstenkonto" errichten, das heißt, einen Zentner Gerste abliefern und dafür 35 Maß Bier trinken können. Die Idee ist nicht schlecht, leider kann sich aber nicht jeder Bierliebhaber ein solches Konto einrichten.

Die feine Partie.

Frau Goldstücker ist sehr stolz auf ihre Tochter. Sie hat sie mit einem richtigen Grafen verheiratet und kann sich nicht genug tun zu erzählen, wie feudal es im Schlosse zugeht. — „Und zärtlich ist der Mann zu ihr", schließt sie triumphierend ihre Erzählung, „was er ihr nur an den Augen absehen kann, muß ich ihr kaufen."

Europas Radiostationen.

Die Zahl der europäischen Sendestationen, die regelmäßig Radioprogramme in die Welt schicken, ist nicht klein. An der Spitze marschiert natürlich, wie das B. T. berichtet, England, dessen Broadcasting Company bereits im zweiten Lebensjahre steht. Dem englischen Hörer funken London, Manchester, Birmingham, Cardiff, New-Castle, Glasgow, Aberdeen und Bournmouth ständige Unterhaltung zu; er kann vormittags, nachmittags und abends die Hörmuschel ans Ohr legen. Auch die französische Antenne ist nicht schweigsam. Der Eiffelturm gibt jeden Tag seine Wetterprognose und mehrmals in der Woche das Zeitsignal. Mittags macht er mit den neuen Fleischpreisen bekannt; nachmittags schwingt er sich zu einer Art finanzwirtschaftlicher Uebersicht auf, um anschließend die Schlußkurse der Pariser Börse zu verkünden. Abendliche Konzerte und Vorträge ergänzen sein Programm. Außerdem existiert in Frankreich eine Radiogesellschaft, die Baumwoll-, Oel- und Kaffeepreise, Musik und Rennberichte in den Aether sendet. Das französische Telegraphenversuchsamt macht sich als dritter Sender viermal wöchentlich bemerkbar. In Belgien gibt Brüssel mittags seine meteorologischen Berichte und abends Konzerte. In Holland funkt ein Privatlaboratorium aus dem Haag jeden Abend Unterhaltung, und eine Amsterdamer Station tut dasselbe vormittags, nachmittags und abends. Aus Ymuiden kommen regelmäßige Sonnabendkonzerte. In Dänemark verdient die Station in Lyngby Beachtung mit ihrem Abendprogramm.

Von Deutschland wird die Welt aus mehreren Quellen unterhalten. Zunächst gibt Königswusterhausen zu verschiedenen Tageszeiten Musik, Lektüre und Nachrichten. Aus Eberswalde kommen vormittags und abends Konzerte, und die Telefunkengesellschaft des Grafen Arco in Berlin wartet, meist zu Versuchszwecken, mit Vortrags- und Nachrichtenmaterial auf. Das Vox-Haus in Berlin absolviert jeden Abend zwischen 8 und 9 Uhr das amtliche Rundfunkprogramm auf Welle 400 für Hörer in und um Berlin. Seine Aeußerungen kommen für den gesamteuropäischen Radioverkehr nicht in Frage, weil es nur mit kleineren Sendeenergien arbeitet, die für einen Radius von höchstens 150 Kilometern bestimmt sind. In der Tschechoslowakei ist Praag erwähnenswert mit drahtlosen Mittags- und Abendkonzerten, mit Wetterprognose und Nachrichten. Aus der Schweiz senden der Radioklub in Genf, der augenblicklich schweigt, und Lausanne, das tägliche Abendkonzerte veranstaltet. Auch Madrid hat seine drahtlose Vortragsverbreitung. Das sind die wesentlichsten europäischen Sendestationen. Denen gegenüber stehen eine Unmenge Radiostationen in anderen Erdteilen, namentlich in Amerika.

Zum Geleit.

Wißt: Edel werden ist viel mehr, denn edel sein von Eltern her. M. Zeidler.

* * *

Auf leisen Sohlen wandelt die Schönheit und das wahre Glück. Raabe.

* * *

Erinnerungen.

1642 Der französische Staatsmann Kardinal Richelieu gestorben.
1679 Der engl. Philosoph Thomas Hobben gest.
1798 Der ital. Naturforscher Luigi Galvani gest.
1808 Napoleon hebt die Inquisition in Spanien auf.
1861 Die Moldau und Walachei vereinigen sich zum rumänischen Staate.
1893 Der engl. Physiker John Tyndall gest.
1900 Der Maler Wilh. Leibl gestorben.
1916 Deutsche U-Boote vor Madagaskar.

Aus Stadt und Umgebung.

Schwerte, den 4. Dezember 1923.

—* **In hiesigen Bevölkerungskreisen** ist allgemein die Ansicht verbreitet, daß die Beamten und Staatsangestellten durch die Auszahlung ihrer Bezüge in Rentenmark bedeutend besser gestellt seien. Dies trifft jedoch nicht zu. Durch den Bezug der Rentenmark wird die Meßzahl für die Berechnung der Gehälter in den Orten, in denen die Beamten usw. einen Teil ihrer Bezüge wertbeständig erhalten, entsprechend herabgesetzt. Unter diesen Umständen haben sogar Beamte auf den Empfang von Rentenmark verzichtet und ihre Bezüge lieber in Papiermark entgegengenommen. Solange die hiesige Geschäftswelt nicht in der Lage ist, die Rentenmark entsprechend zu werten, haben Beamte und Angestellte, die ihr geringes Einkommen sowieso nicht sparen können, kein Interesse an dem Erhalt der Rentenmark.

—* **Die neue Geldrechnung.** Das Publikum hat sich mit großer Schnelligkeit die neue Geldrechnung zurecht gelegt. 10 neue Pfennige gleich 100 Milliarden Papiermark, eine Goldmark gleich eine Billion. Danach wird schon allgemein gerechnet und leider auch gehamstert. Durch die Zurückhaltung des Rentengeldes in der Erwartung einer Kurssteigerung wird der Geschäftsverkehr gehindert. Es ist vorauszusehen, daß Knappheit an neuem Gelde kommen wird, wenn die Reichsregierung nicht die Mittel findet, die Hamsterung des Rentengeldes energisch zu verhindern. Deshalb ist auch bis jetzt die Senkung der Lebensmittelpreise verhindert worden. (Unserer Ansicht nach hätte man schon mit dem Aufruf des Notgeldes zur Einlösung beginnen müssen und zwar zunächst die kleineren Stücke. Erst dann, wenn der Umlauf von nichtwertbeständigem Gelde ein geringerer wird und die Leute das wertbeständige Geld zum Einkauf von Waren aller Art verwenden müssen, erst dann wird die Knappheit an solchem Gelde aufhören und wir werden wieder einen geregelten Geldverkehr haben. D. Schriftltg.)

—* **Weiteres von der Rückkehr zum Pfennig.** Zur Rückkehr der Post zur Pfennigrechnung liegen verschiedene weitere wichtige Einzelheiten vor. Die Postscheckkunden können voraussichtlich vom 6. Dezember an über ihr Guthaben in Rentenmark verfügen. Zahlkarten sollen schon vom 5. Dezember an auf Rentenmark lauten. Für Ueberweisungen wird eine Gebühr von 10 Pfg. eingeführt. Ueberweisungen und Schecks können zurückgezogen werden. Drucksachen kosten im Inland bis 20 g 3 Pfg., bis 100 Gramm 5 Pfg., bis 250 Gramm 10, bis 500 Gramm 20, bis 1 Kg. 50 Pfg., Blindenschriftsendungen 3 Pfg., Geschäftspapiere, Warenproben und Mischsendungen bis 250 Gramm 10 Pfg. usw., Päckchen 30 Pfg., Pakete bis 3 Kg. in der 1. Zone 30 Pfg., in der 2. und 3. Zone 60 Pfg., bis 5 Kg. 40 und 80 Pfg. Nach dem Ausland kosten Postkarten 20 Pfg., nach der Tschechoslowakei und Ungarn 15 Pfg., Briefe bis 20 Gr. 30 Pfg., je weitere 20 Gramm 15 Pfg., nach den beiden Ländern 25 und 15 Pfg. Drucksachen je 50 Gramm 5 Pfg. Die Nebengebühren betragen zehn Pfennig für die Bescheinigung über ein Paket, Nachlieferung von Zeitungen und das Lagern von Paketen den Tag 20 Pfg. für die Einlieferung nach Schalterschluß, Einschreiben, Laufzettel, sowie Rückschein, Vorzeigen von Postaufträgen und Nachnahmen und Zustellung. Die Eilzustellung kostet bei Briefen am Ort 30, nach dem Lande 60 Pfennig, bei Paketen 50 und 100 Pfg., Postausweiskarte 50 Pfg., Lagerkarte 25, Protestgebühr 100, Schließfach monatlich 100 und 150, Stundung 5, Nachforschung die Stunde 100, Umtausch von Vordrucken und Marken das Stück 1, Zeitungsüberweisung 50, Verzollung von Briefen 20, Pakete 40. Nach dem Ausland kostet das Einschreiben 30 Pfennig.

+ **Ein Schwerverbrecher** wurde gestern nachmittag in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert. Es handelt sich um einen aus Hagen stammenden Burschen, der in der Gegend von Wickede (Ruhr) eine Ziege, ein Oberbett und einen blauen Arbeitsanzug gestohlen hatte. Als in dem Nachmittagszuge am Sonntag zwei Beamte der grünen Polizei in den verschiedenen Zugabteilen eine Revision der Gepäckstücke vornahmen, bemerkten sie, daß aus einem Reisekorb Blut herausickerte und nach Oeffnung des Korbes befand sich in demselben das Fleisch einer frischgeschlachteten Ziege. Während der eine Beamte mit dem Eigentümer des Korbes noch verhandelte, versetzte dieser dem Beamten plötzlich einen derart heftigen Fußtritt vor den Leib, daß dieser aus dem fahrenden Zuge auf die Gleise stürzte. Der rabiate Bursche wurde von dem zweiten Beamten und den Mitreisenden überwältigt, wobei man allerdings nicht allzu glimpflich mit dem Spitzbuben umgegangen sein wird. Der Zug wurde zum Halten gebracht und der hinausgeworfene Beamte mit schweren Kopfverletzungen auf dem Bahnkörper aufgefunden. In Schwerte wurde der Verbrecher der Polizei übergeben, die ihn in liebevolle Obhut nahm. Hinter den schwedischen Gardinen wurde ihm dann Gelegenheit gegeben, über den Ausgang seines Beutezuges in die lieblichen Gefilde des Sauerlandes nachzudenken. — Weiter ins Gefängnis eingeliefert wurde ein junger Bursche von der Schwerter Heide, der sich in schwerer Weise an mehreren jungen Mädchen vergangen haben soll.

—* **Neuregelung der preußischen Stempelsteuern.** Nach einer Mitteilung des Preußischen Pressedienstes werden alle festen, nicht in Bruchteilen des Wertes ausgedrückten Stempelsätze einschließlich aller Höchst- und Mindeststempel, welche bisher bereits auf das 9milliardenfache erhöht waren, weiter auf das 600milliardenfache der ursprünglichen Tarifsätze erhöht. Die allgemeine Freigrenze für Urkunden über nach Geld schätzbare Gegenstände wird von 300 Milliarden Mark auf 30 Billionen Mark erhöht, die Freigrenze für Dienst- und Arbeitsverträge von 30 Billionen Mark auf 2000 Billionen Mark Jahresentgelt. Der Mindestbetrag der Stempelsteuer wird von drei Milliarden ℳ auf 300 Milliarden ℳ erhöht. Höhere Stempelbeträge sind immer auf 50 Milliarden ℳ nach oben abzurunden.

—* **Die teure Handelskammer.** Ueber die Höhe der Handelskammerbeiträge wird vielfach geklagt. Sie weichen im einzelnen oft um das Zehnfache von einander ab. In Goldmark sind die Umlagen noch drückender. Eine Verminderung des Personals bei der einzelnen Kammer hält aber der Handelsminister in einem Erlaß vielfach für nicht ohne Schaden durchführbar. Dagegen empfiehlt er die Einrichtung größerer Handelskammern. Die Zusammenlegung mehrerer Kammern kann auch in der loseren Form des Zweckverbandes erreicht werden. Es können dann einzelne bestimmte Aufgaben gemeinsam, andere einzeln erledigt werden. Auch die lose Handelskammervereinigung, wie sie unter den Kammern einzelner Provinzen entstanden ist, kann die Wirksamkeit der einzelnen Kammer steigern. Wenn die Kammer mit staatlichen Aufgaben belastet wurden, so wäre dies im eigensten Interesse der Wirtschaft geschehen. Die Kammern sind auch für die Erfüllung vieler Aufgaben im allgemeinen geeigneter als die reinen Staatsbehörden. Es ist auch in Aussicht genommen, von den Wahlen in diesem Jahre abzusehen.

—* **Die Fleischpreise** sind, so wird uns kurz vor Redaktionsschluß amtlich mitgeteilt, bereits um die Hälfte zurückgegangen.

Aus den Provinzen.

Wickede. (Schweres Jagdunglück.) Beim Jagen in dem Massenerfeld versuchte der Getreidehändler C. Mork zwei sich ineinander verbissene Hunde zu trennen. Hierbei entlud sich durch einen unglücklichen Zufall das gesicherte Gewehr und die ganze Schrotladung drang dem bedauernswerten jungen Mann in den Leib. Er starb im Laufe des Tages an seinen schrecklichen Verletzungen. Die Eltern verlieren in dem Verstorbenen den einzigen hoffnungsvollen Sohn.

Elberfeld. Wegen Plünderung des Hauptlagers der Firma Tengelmann wurde ein Vorarbeiter vom Schöffengericht zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen mehrere andere, bei der gleichen Gelegenheit verhaftete junge Leute wird demnächst verhandelt werden.

Lüdenscheid. (Hübsches Sammler-Notgeld) hat die Landgemeinde Lüdenscheid in den Verkehr gebracht. Der Billionenschein zeigt auf der Vorderseite ein Buchstabenrätsel, das richtig gelesen, den Stoßseufzer ergibt: Et es nu holle nit mae te dann! Unter der Abbildung des vor dem Amtshause stehenden Schmieddenkmals steht der Vers:

De Tien sin böise, grut Sorgen un Nout,
„Zigzig" Milliarden kost' Aepel un Brout.
De Hölse wärt lang und wier de Kragen,
Lieg liet uns alle de Nullen im Magen.
De Düwel hoalle den Multiplikat,
Kurs Dollar un Index, dei sin wie nun saat.
Helv, Hilargot, nu hüer in der Nout unse Wünsche
Stoh' bie unsem Dütschland un unsem Amt Lünsche!

Zweifellos wird die Landgemeinde mit diesem Notgeld ein glänzendes Geschäft machen, denn es ist jetzt schon kaum mehr zu haben.

Gelsenkirchen. (Für 700 Billionen Spirituosen gestohlen) wurden in einer der letzten Nächte einem Wirt an der Hochstraßenecke.

Gladbeck. (Blutiger Zusammenstoß.) Im Anschluß an eine Belegschaftsversammlung zogen Gruppen von Bergleuten zur Kaiserstraße, wo sie von der Polizei zum Auseinandergehen aufgefordert wurden. Als die Beamten tätlich angegriffen wurden, zogen sie blank und machten von der Schußwaffe Gebrauch. Hierbei wurde ein Arbeiter getötet und drei schwer verletzt.

Plettenberg. (Die höhere Schule in Not!) Am Donnerstagnachmittag hielt der Elternbeirat der Städtischen Realschule Plettenberg eine Sitzung ab, um Stellung zu nehmen zu den überaus ernsten Gefahren, die der höheren Schule wie überhaupt dem gesamten Bildungswesen Preußens drohen durch die schematische Art, wie die Staatsregierung die Abbauverordnung auf die Schulen anzuwenden plant. Auf Wunsch des Vorsitzenden des Elternbeirates legte der Vertrauensmann des Lehrerkollegiums die schlimmen Folgen dar, die eine mindestens 25prozentige Verminderung der Leiter und Lehrer unserer Bildungsstätten gegenüber dem Stande vom 1. Oktober 1923 haben würde. Nach lebhafter Aussprache billigte die Versammlung dann einstimmig eine Entschließung, welche die Anwendung des Beamtenabbaues auf die Lehrer entschieden ablehnt.

Mülheim (Ruhr). (Bei einem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Polizei) wurde der 21jährige Bergmann Otto Schinko so schwer verletzt, daß er bald nachher gestorben ist. Ein anderer Bergmann erhielt eine so schwere Schußverletzung, daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte.

Bielefeld. (Der Metallarbeiterstreik geht weiter.) Die Schwierigkeit, die seit 14 Tagen ausständigen 20 000 Metallarbeiter und deren Familien für die Dauer ausreichend unterstützen, insbesondere ernähren zu können, hatte Streikleitung und Vertrauensmänner veranlaßt, mit großer Majorität den Ausständischen den Abbruch des Streiks zu empfehlen, obgleich der Arbeitgeberverband der Metallindustrie seinen Wiedereinstellungsvorbehalt nach wie vor aufrecht erhält. Trotzdem haben sich die Streikenden in der gestrigen Urabstimmung mit 82 Prozent für Weiterführung des Streiks ausgesprochen. Die nach gewerkschaftlichen Bestimmungen erforderliche Mindestmehrheit von 75 Prozent ist demnach erreicht und der Streik geht vorläufig weiter.

Pirmasens. Zu einem Unfug artet die hier vor der spanischen Weinhalle täglich stattfindende wilde Börse aus, an der vom frühen Morgen bis zum späten Abend fragwürdige Gestalten ihre unsauberen Geschäfte treiben. Eine arme Frau, die zum Kartoffelankauf Franken benötigte und keine Ahnung von den Frankenscheinen hatte, erhielt statt 20 Franken zwei alte Zehnmarkscheine. Auch andere Leute wurden in dieser Weise hinters Licht geführt.

Köln. (Große Entrüstung) herrschte auf dem gestrigen Viehmarkt. Die Viehkommissionäre weigerten sich, von den hiesigen Metzgern Notgeld in Zahlung zu nehmen, und bestanden auf Reichsgeld. Da soviel Reichsgeld naturgemäß nicht aufzutreiben war, mußten die bereits getätigten Viehkäufe wieder rückgängig gemacht werden, und viele Metzger blieben ohne Großvieh und Schweine

Köln. Dieser Tage fand ein Autofahrer auf der Chaussee zwischen Altenberg und Odenthal schwere Hindernisse auf der Straße. Mehrere Autofallen waren dort aufgebaut, die ein großes Unglück zur Folge hätten haben können, wenn nicht der Autofahrer rechtzeitig aufgepaßt hätte. Von den verbrecherischen Tätern fehlt jede Spur.

Bonn. Bei Eintritt der Kälte mehren sich die Holzdiebstähle auf dem Venusberg in erschreckendem Umfange. Bei unverhofften Streifen der Polizei wurden in den letzten Tagen nicht weniger als 100 Personen abgefaßt und zur Anzeige gebracht. Das Handwerkszeug, Sägen, Beile und Aexte, wurde beschlagnahmt.

Warstein. (Damit das wertbeständige Geld unter die Leute kommt), zahlt die Stadtkasse Warstein seit acht Tagen Lieferungen und Leistungen der einheimischen Geschäftsleute und Handwerker sowie Arbeiterlöhne zu etwa 50 Prozent in Goldmarkscheinen der Provinz Westfalen aus. Die Sparkasse tauscht den Geschäftsleuten, soweit diese ihre Kunden sind, die Tagespapiergeldeinnahme größtenteils in wertbeständige Goldmarkscheine um.

Karlsruhe. Wegen Verweigerung von Papiermark für Zucker wurde eine Kolonialwarenhandlung auf vier Wochen geschlossen. In Rastatt u. Heidelberg wurden etwa ein Dutzend Geschäftsinhaber aus dem gleichen Grunde angezeigt.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Zollinger.

(Nachdruck verboten.)

„Auf ein Wort noch, Herr Doktor, wenn ich darum bitten darf!" sagte sie um der Pflegerin willen. „Ich möchte Sie wegen meines eigenen Befindens konsultieren."

Er verbeugte sich förmlich, und eine Minute später schloß sich hinter ihnen die Tür desselben Salons, darin Luisa vorhin dem Amerikaner gegenübergestanden hatte. Das Mädchen hatte inzwischen eine der Flammen des Kronleuchters angezündet, und deutlicher als vorhin auf dem Gange und in dem matt erhellten Krankenzimmer konnte Luisa jetzt die Verwüstung in dem Gesicht des jungen Arztes wahrnehmen. Mit einem Anflug aufrichtiger Besorgnis fragte sie: „Du bist krank, Gerhard? — Ich habe dich nie so schlecht aussehend gefunden wie heute!"

Ungeduldig aber wehrte er ab.

„Eine kleine Ermattung — weiter nichts! Das geht vorüber, und es lohnt wirklich nicht, sich deshalb zu beunruhigen. Aber dein Vater, Luisa — sein Zustand gefällt mir immer weniger. Auch die schwache Hoffnung, die ich auf das neue Arzneimittel gesetzt hatte, ist fehlgeschlagen. Nun bleibt uns in der Tat nichts mehr als das Vertrauen auf seine eiserne Konstitution."

Obwohl sie jetzt allein und vor einer störenden Ueberraschung ziemlich sicher waren, hatte er doch nicht versucht, die stürmische Liebkosung zu wiederholen, deren sie sich vorhin so entschieden erwehrt hatte. Der Aufenthalt am Leidensbette des Kranken schien seinen Gedanken eine völlig veränderte Richtung gegeben zu haben, und derselbe tiefe, fast düstere Ernst, der sich in seinen Zügen spiegelte, war auch im Klang seiner Stimme. Auch Luisa sah bedrückt und niedergeschlagen aus, und für einen Moment berührte sie mit dem Taschentuch ihre Augen.

„Der arme Papa! Wenn dies unsere letzte Hoffnung sein [illegible]! Die eiserne Konstitution, von der er so viel spricht, sie ist längst untergraben! Oder vielleicht auch hat er sie in Wahrheit niemals besessen. Denn er war trotz seines robusten Aussehens immer kränklich, solange ich zurückdenken kann. Du glaubst also, daß es jetzt wirklich mit ihm zu Ende geht?"

„Ich darf mich der Erkenntnis nicht verschließen, daß alle Anzeichen für eine baldige Auflösung vorhanden sind."

„Und du kannst nichts — gar nichts mehr für ihn tun?"

„Ich kann mich bemühen, seine Leiden zu lindern, aber ich halte damit die Zerstörung nicht auf, die unaufhaltsam fortschreitet."

„Und wie lange — —?"

„Vielleicht eine Woche noch oder im günstigsten Fall zwei. Aber es ist ebensowohl möglich, daß sein Herz schon in wenigen Tagen für immer den Dienst versagt."

„Ich danke dir für deine Aufrichtigkeit! Es ist immer besser, vorbereitet zu sein."

„Wahrscheinlich war es die Nachricht von Jenssens Tode, die so ungünstig auf seinen Zustand gewirkt hat. Die Ruhe, mit der er davon spricht, ist doch wohl nur eine erkünstelte, darauf berechnet, dich zu schonen."

„O nein, darin kennst du meinen Vater schlecht. Er denkt immer nur an sich selbst. Und dies Ereignis ist ihm wirklich nicht allzu sehr zu Herzen gegangen. Er hat in meiner Heirat nie etwas anderes gesehen, als eine Erleichterung seiner eigenen Bedrängnisse und eine Versorgung für mich."

„Nun ja," sagte Holthausen zögernd. „Aber da diese Hoffnungen durch Jenssens vorzeitigen Tod doch nun zerstört worden sind — —"

„Wer sagt, daß sie zerstört sind? Mein Verlobter hat mich durch letztwillige Verfügung zur Erbin seines ganzen Vermögens eingesetzt. Ich werde so reich sein, wie ich es als seine Gattin niemals gewesen wäre!"

Sie mochte die unüberlegte Erklärung bereuen, als sie sah, welche Wirkung sie damit auf Gerhard Holthausen hervorgebracht hatte. Er war förmlich in sich zusammengesunken wie unter der Wucht eines schweren Schlages, und er strich sich wiederholt über die Stirn, als ob er damit etwas Schmerzendes oder Drückendes hinwegwischen könnte. Nach Verlauf von Sekunden erst sagte er ganz tonlos: „An solche Möglichkeit habe ich nicht gedacht. Und du — du wußtest von diesem Testament?"

„Gewiß wußte ich darum!" erklärte sie beinahe trotzig. „Eine solche Rücksicht war Jenssen mir am Ende doch auch schuldig! Oder bist du der Meinung, daß ich ihn hätte verhindern sollen, meine Zukunft für alle Eventualitäten sicherzustellen?"

„Ich weiß nicht, ob du es hättest tun sollen. — Aber ich hoffe, Luisa, du wirst nichts von dieser Erbschaft annehmen!"

„Oh, das ist fürwahr eine sehr sonderbare Hoffnung! Möchtest du mir nicht auch sagen, wovon ich leben soll?"

„Du wirst als meine Frau vor der gemeinen Not des Lebens hinlänglich geschützt sein! Und ich werde meine ganze Kraft dafür einsetzen, dich glücklich zu machen, auch wenn ich dein Leben nicht mit verschwenderischem Luxus schmücken kann!"

Es schien, daß sich ihr eine rasche Erwiderung auf die Lippen drängen wollte, aber sie besann sich ebenso schnell, und es sollte gewiß sehr herzlich und liebevoll klingen, da sie sagte: „Gewiß, Gerhard! Ich weiß, daß ich dir meine Zukunft getrost anvertrauen darf. Aber es wird mindestens ein Jahr vergehen müssen, ehe ich dir angehören darf. Und ich zweifle nicht, daß sich nach meines Vaters Hinscheiden noch viele Gläubiger melden werden, deren Existenz er meinem Verlobten und mir verschwiegen hat, weil er sich schämte, die Größe der Summen anzugeben, die da in Betracht kommen mögen. Soll ich dir etwa zumuten, auch das aus deinen eigenen bescheidenen Mitteln zu bezahlen?"

„Es wird sich Rat schaffen lassen, Luisa! Man wird diese Schulden allmählich tilgen können. Und dann handelt es sich doch wohl auch nur um Vermutungen. Diese Erbschaft aber darfst du nicht annehmen! Es ist ganz unmöglich!"

„Und warum darf ich nicht? Warum ist es unmöglich?"

(Fortsetzung folgt.)

◆◆ Turnen, Sport und Spiel. ◆◆

Der Weg zur Einigkeit.

Von Carl Diem.

„Laßt uns die Turn- und Sportbewegung zu einer deutschen Einheitsbewegung machen, zu einer Nationalbewegung!" so ruft uns der bekannte Sportlehrer Carl Diem zu. Nicht durch Hissen von irgendwelchen Fahnen, nicht durch Tragen von Abzeichen, nicht durch Reden und Aufrufe, sondern nur durch Taten. Betrachten wir doch Turnen und Sport als eine heilige Handlung für die deutsche Volkseinheit, seien wir selbst einig in stiller, debattenloser Förderung alles dessen, was zu Turnen und Sport führt. Gebt die Turnhallen frei, baut Sportplätze! Städte, führt die Jugend zum Stadtfest zusammen, auf daß sie sich zusammengehörig fühle! Staat, spornt den Eifer an, wo er säumt! Reich, verbilligt Wanderfahrten bis zum Mindestmaß, auf daß sich die Jugend mit dem Herzen an die Scholle kette! Baut die „Reichsjugendkämpfe" aus, auf daß alle Jugendlichen ein gemeinsames Ziel durchglühe! Sei verschwenderisch an deiner Jugend, du sparst an deinem Volksvermögen. Denn nichts ist uns so teuer bisher geworden, als die deutsche Uneinigkeit. Wenn wir nicht die Erneuerung der Einigkeitskräfte gegenüber der zersetzenden Wirkung unserer Not mobil zu machen wissen, werden wir noch tausendmal mehr verlieren, als die heutige Sportförderung kosten würde.

Turnen und Sport sind heute schon auf dem Wege zu einer Gemeinschaftsbewegung, sie können unser Volkstum stärken und vertiefen. Auf den Wiesen und Sportplätzen wollen wir das Gefühl eines auf Gedeih und Verderben verbundenen, durch Blutsbande verwachsenen Volkes wiederfinden!

Fußball-Parlament. Der Bundestag des Deutschen Fußball-Bundes in Würzburg, der in Anwesenheit der Vertreter aller Landesverbände des DFB. vor sich ging und von Hüttze-Duisburg geleitet wurde, gedachte zunächst des verdienstvollen, kürzlich verstorbenen Vorkämpfers Paul Neumann (Berlin). Einen breiten Raum nahm die Aussprache über die Paragraphen 63 und 68 betr. Berufsspieler und Sperrfrist ein, zu dem u. a. Berlin den Antrag gestellt hatte, innerhalb Jahresfrist einen Spielerwechsel nicht zu genehmigen. Angenommen wurde schließlich folgender Zusatz zu § 63: „Auf Antrag kann die Wartezeit bei deutsche Spielern vom betreffenden Verbande bis auf drei Monate verkürzt werden, wenn der Uebertritt einwandfrei ist und nach der Ueberzeugung des Verbandes keine Zieherei vorliegt. Der Monat Juli wird auf die Wartezeit nicht eingerechnet." Der bedeutsame Antrag des Bundes bezüglich der Repräsentativspiele, nach welchem der Bund einzelne Spieler bestimmen wollte, über die er jederzeit verfügen kann, verfiel der Ablehnung. Der bereits gedruckt vorliegende Jahresbericht fand Zustimmung. Als Tagungsort für den nächstjährigen Bundestag wurde Hildesheim bestimmt. Die Vorstandswahlen ergaben Hintze-Duisburg als 1., Linnemann-Berlin als 2., Blaschke-Kiel als geschäftsführenden Vorsitzenden, Keyl-Berlieden, Dr. Wagner-Danzig als Beisitzer.

Aus aller Welt.

— **An Wurstvergiftung gestorben.** In Fremdingen bei Eslingen in Bayern sind in der Familie des Oekonomen Maier vier Kinder an Wurstvergiftung schwer erkrankt. Zwei von ihnen, der einzige Sohn und die älteste Tochter, sind bereits gestorben. Die beiden andern Schwestern schweben noch in Lebensgefahr.

— **Silbermünzen in Oesterreich.** In Wien wurde die Regierungsvorlage über die Ausprägung und Ausgabe von Silbermünzen veröffentlicht. Die Vorlage sieht die Ausprägung von drei Münzwerten, von 5000 Kronen mit der Bezeichnung Halbschilling, von 10 000 Kronen mit der Bezeichnung Schilling und von 20 000 Kronen mit der Bezeichnung Doppelschilling vor.

— **In Siebenbürgen** haben die evangelischen Gemeinden eine Dame als Wanderpredigerin angestellt. Sie ist die Tochter eines reformierten Bischofs.

— **Der vergessene Operationshandschuh.** Zu Salem im Staate Oregon (Nordamerika) wurde ein Mann wegen eines Krebsleidens operiert. Die Aerzte waren sehr erstaunt, als sie im Innern seines Leibes einen gut erhaltenen — Gummihandschuh fanden, den ein anderer Arzt bei einer vor zwei Jahren vorgenommenen Operation „vergessen" hatte. (!) Das erinnert lebhaft an die Geschichte von der Baßgeige, in die der Geigenbauer seinen Leimtopf mit hineingebaut hatte.

— **Ein Witz vom alten Fritz.** Der alte Fritz, jener große Preußenkönig, konnte seiner Meinung oft auf recht drastische Weise Ausdruck geben. Ein Trompeter bat ihn einmal allerunterthänigst, in Anerkennung seiner treuen Dienste ihm doch den Titel „Leibtrompeter" zu erteilen. Majestät antwortete: „Wird genehmigt. Aber da ein jeder bei Uns von unten anfangen muß, so ernennen Wir Ihn vorerst zu Unserm „Unterleibtrompeter"! Verstanden?" Majestät hat da einen sehr verständlichen Witz gemacht. Der Trompeter verstand den Sinn und zog es vor, auf den Titel zu verzichten. Wenig bekannt ist ein Ausspruch des Königs: „Titel sind für Alberne, geistreiche Menschen gebrauchen nur ihren Namen.

Mittelalterlicher Aberglaube.

Einen Beweis dafür, daß in manchen Teilen Frankreichs noch der ungeheuerliche Aberglaube zu Hause ist, brachte eine Gerichtsverhandlung in Angers. Ein Bauer namens Dinand, der infolge einer geheimnisvollen Seuche sehr viele Schweine verloren hatte, glaubte, daß die Tiere von einem Feinde verhext worden seien. Er fragte einen „Zauberer" um Rat, der in einer Hütte tief im Walde lebte und erfuhr von diesem, daß die erste Person, die an einem bestimmten Tage auf den Hof seines Gutes käme, von ihm ergriffen und lebendig verbrannt werden müßte, dann würde die Seuche unter den Schweinen sofort aufhören. Die erste Person, die an dem bestimmten Tage auf den Hof kam, war eine Frau, und Dinand sprang sofort auf sie zu, packte sie und versuchte sie nach einem großen Feuer zu schleppen, das er bereits angezündet hatte. Glücklicherweise war die Frau kräftig genug, um sich loszureißen und zu entfliehen. Sie verklagte den Bauern wegen eines Angriffes, und er erzählte nun vor Gericht ausführlich, warum er die Frau hatte verbrennen wollen, weigerte sich aber, den Namen des „Zauberers" zu nennen. Er wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Eingesandt.

(Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Zum Streik in der Eisenindustrie zu Menden und Schwerte.

In der Nummer 282 der „Schwerter Zeitung" vom 1. 12. erschien eine Notiz, die Bezug nahm auf die Arbeitsniederlegung der Belegschaft der Eisen-Industrie. Dazu haben die drei Metallarbeiterverbände folgendes zu erwidern, um der Oeffentlichkeit den wahren Sachverhalt der Arbeitsniederlegung mitzuteilen.

„Die Eisen-Industrie gehört zum Arbeitgeberverband für Schwerte und Umgegend und dieser wiederum zu dem Verband der Fabrikantenvereine für den Regierungsbezirk Arnsberg. Seit Monaten wird die Lohnfrage für den ganzen Bezirk geregelt, dieses sollte auch für die Woche vom 19. bis 24. 11. geschehen. In einer Verhandlung, die am 22. 11. in Hagen stattfand, wurde keine Einigung erzielt, weil die Arbeitgeber ein Angebot machten, das nicht einmal einen Ausgleich für die in der Vorwoche eingetretenen, amtlich erfaßten Teuerungszahlen ergab. Von Arbeitgeberseitwohl wie von Arbeitnehmerseite wurde dann der Reichs- und Staatskommissar für gewerbliche Frage angerufen, um die Lohnstreitfrage zu schlichten. Unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichs- und Staatskommissars fand dann am Montag, den 26. 11. in Hagen erneut eine Verhandlung statt, die aber ebenfalls wegen nicht genügendem Entgegenkommen der Unternehmer verlief. Es wurde vereinbart, örtlich zu verhandeln und fand die Verhandlung für Schwerte am 27. 11. statt. In dieser Verhandlung machten die Unternehmer einen Vorschlag, nicht mehr über Papiergeldlöhne, sondern Goldlöhne zu verhandeln, womit wir uns einverstanden erklärten. Der Arbeitgeberverband hatte bereits seine Mitglieder angewiesen nach folgenden Sätzen zu entlohnen: Der Soziallohn fällt fort: Der Tariflohn für Arbeiter über 21 Jahre beträgt in Gruppe 1 (Facharbeiter) ℳ 0,40, Gruppe 2 (angel. Arbeiter) ℳ 0,36, Gruppe 3 (schwere Hilfsarbeiter) ℳ 0,32, Gruppe 4 (leichte Hilfsarbeiter) ℳ 0,28 und für Arbeiterinnen ℳ 0,20 pro Stunde. Des weiteren soll durch neue Akkordregelungen die Möglichkeit zur Erzielung höherer Verdienste gewährleistet werden. Wir haben dieses Angebot, weil völlig unzureichend, abgelehnt. Es gelang uns aber nicht, nach weiterer Verhandlung die Arbeitgeber zu bewegen, einen besseren Vorschlag zu machen, vielmehr erklärten sie am Schlusse diktatorisch: „Darüber hinaus gehen wir nicht!"

Zu dem Unternehmervorschlag ist folgendes zu sagen:

Die Staffelung zwischen Gruppe 1 und 4 betrug bisher 8 Prozent, während sie nach dem Unternehmervorschlag in der Zukunft 30 Prozent betragen würde. Schwerte grenzt unmittelbar an den Bezirk der „Nordwestlichen Gruppe". Während nun in diesem Bezirk z. B. der erste Schmelzer am Martinofen, der in Schwerte zur Gruppe 1 gehört, in der Woche vom 19. bis 25. 11. pro Stde. ohne soziale Zulage mindestens 900 Milliarden ℳ verdient, hätte derselbe Arbeiter in Schwerte 400 Milliarden. Während in der Nordwestl. Gruppe der Hilfsarbeiter von 18 Jahren 339 Milliarden verdiente, wurde der über 21 Jahre alte Arbeiter der Gruppe 4 in Schwerte 280 Milliarden verdient haben. Während in der Nordwestl. Gruppe der Lehrling im dritten Lehrjahr 298 Milliarden verdient, hätte der Handwerker über 21 Jahre in Schwerte 400 Milliarden pro Stunde. Daß wir unter diesen Umständen den Unternehmervorschlag nicht zustimmen konnten, ist selbstverständlich, umsomehr, da festzustellen ist, daß in Schwerte die Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände durchaus nicht niedriger sind wie im besetzten Gebiete.

In einer am 29. 11. abgehaltenen Funktionärversammlung der drei Metallarbeiter-Organisationen wurde, nachdem der Bericht über die Lohnverhandlung gegeben war, von den Funktionären einstimmig verlangt, da alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft, die Arbeit auf allen Werken sofort einzustellen. Dagegen wandten wir uns und wurden nun beauftragt, am anderen Tage noch einmal mit den Unternehmern zu verhandeln.

Am anderen Morgen riefen wir den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, Herrn Dir. Schluck der Vereinigten Deutschen Nickelwerke A.-G. in Schwerte an. Dieser erklärte uns, daß nach seiner Ansicht weitere Verhandlungen — auch vor einer Schlichtungsinstanz — keinen Zweck hätte, da sie von ihrem Vorschlag nicht abgingen. An demselben Abend hielten wir eine gemeinschaftliche Versammlung für die Arbeiter der Eisen-Industrie ab. In dieser Versammlung wurde in geheimer Abstimmung mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, am anderen Morgen in den Streik zu treten.

Ein Jeder muß einsehen, daß diese Arbeitsniederlegung berechtigt ist, da es der Arbeiterschaft nicht mehr möglich ist, mit einem solchen Lohn auch nur ihr nacktes Leben zu fristen.

Die drei Metallarbeiter-Verbände.

Vom Büchertisch.

Alle unter dieser Rubrik besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung Carl Braus zu beziehen.

W. Auler. **Die Selbstkostenberechnung bei veränderlichem Geldwerte.** (Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg. Preis 0,20 G.-Mk.)

Das Selbstkostenproblem ist durch die unaufhaltsam fortgeschrittene, gewaltige Papiermarkentwertung der letzten Zeit einerseits und der neuerlichen Versuche, die Papiermarkwährung durch eine Festmarkwährung zu ersetzen andererseits, zu einer lebenswichtigen Frage für die deutsche Wirtschaft geworden. Ihre zufriedenstellende Lösung berührt Produzenten und weiteste Kreise der Verbraucherschaft gleichmäßig. Zur rechten Zeit erscheint in der Reihe der „Kaufmanns Taschenbücher" dieser Band, der einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Selbstkostenberechnung in Zeiten der Geldentwertung gibt und die unvollkommenen Methoden der Praxis, die Geldwertverschlechterung bei der Kalkulation zu berücksichtigen, kritisch betrachtet und Wege zur Behebung der Mängel zeigt. Das leichtverständlich geschriebene, 30 Seiten starke Büchlein ist nicht nur für den Kaufmann und Industriellen ein guter Ratgeber, sondern gibt auch dem Verbraucher manchen wertvollen Hinweis zum Verständnis der Preisbildung. Zu beziehen durch die Buchhandlung Carl Braus.

Was viele nicht wissen.

Auf der Erde leben ungefähr (nach Brockhaus) 1 544 506 000 Menschen. In den einzelnen Erdteilen: Europa 380 779 000, Asien 841 983 000, Afrika 178 706 000, Amerika 136 801 000, Australien und Oceanien 6 158 000, Polarländer 82 000.

Die wichtigsten Kultursprachen sind nicht das Englische und das Französische, sondern das Englische, das von 200 Mill. Menschen gesprochen wird und das Deutsche, das für 87 Millionen als Muttersprache gilt. Französisch sprechen nur 17 Millionen, Spanisch 45 Millionen usw. Die meisten Menschen, nämlich ca. 400 Millionen, sprechen allerdings chinesisch, das aber nicht als Kultursprache gilt.

Die durchschnittliche Tiefe der Sanddecke in den afrikanischen Wüsten ist auf 9 Meter berechnet worden.

In Tibet wird der Tee erst fein gestoßen, dann 5—10 Minuten lang gekocht und schließlich „zur Erhöhung des Wohlgeschmacks" mit Salz und Soda gewürzt.



Passende
Geschenke
für den
Weihnachtstisch!

Bücher für Jung und Alt, sowie Bilderbücher, Schreibzeuge, Briefkassetten und Spielwaren aller Art

CARL BRAUS
Buch- und Kunsthandlung

Dixin
Henkel's Seifenpulver
Ein Seifenpulver wie es sein soll preiswert und gut!

Teppiche
in Velour, Haargarn, Tapestry etc.
Läuferstoffe
in reichhaltiger Auswahl.
Vorlagen,
Felle, Dekorationsstoffe
in vielen geschmackvollen Mustern empfiehlt
Tapetenhaus Kölling
Schwerte, Markt 3.

Achtung! Achtung!
Empfehle für diese Woche:
prima fettes Fleisch
ff. Gehacktes, ff. Wurstwaren.
Alles zu herabgesetzten Preisen.
Joh. Artini, Roßschlachterei
Mährstraße 5. Telefon 305

Verloren!
Grauleinene Decke mit angefertigter Stickerei (blaugrün). Brückstr. — Markt — Hagenerstraße.
Gegen Belohnung abzugeben in der Geschst dieses Blattes.

Lichtspiele zur Reichskrone
Dienstag bis Donnerstag!
Der Roman einer Halbweltdame!
Großer Sittenfilm in sechs Akten mit Sascha Gura in der Hauptrolle.
Geheimbund-Skleben!
2. Teil 2. Teil
Die Macht der Verschworenen!
Abenteuerdrama in 5 Akten
Lustspiel-Einlage

Stroh
zu kaufen gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Die Beleidigungen die ich am 20. 11. 23. in der Wirtschaft Rost in Gegenwart mehrerer Personen gegen Wilh. Hesse, Heinrich Sator und Walter Fastnacht ausgesprochen habe, nehme ich hiermit mit dem Ausdruck des Bedauerns als unwahr zurück.
Johann Baumann

Für fleißige Frauen!
Das große Lehrbuch der Wäsche. Die beste Anleitg. z. Herstellg. d. Wäsche; 1000 Abb. und 365 Schnitte.
Das Buch der Hausschneiderei. Wertvoll für Lernende, Lehrende und im Schneidern Geübte.
Das Buch der Puppenkleidung erläutert die Selbstbekleidung aller Arten von Puppen. Schnitte sind beigel.
Das Stricken u. Häkeln von Jacken. Mützen u. Schals, mit großem Schnittbogen.
Das Flickbuch lehrt Ausbessern, prakt. Umändern usw.

Ueberall erhältlich oder vom Verlag Otto Beyer, Leipzig-C. Postscheck-Konto Leipzig 58279
Auskünfte Verzeichnisse umsonst

Trauerbriefe
liefert schnellstens
Buchdruckerei C. Braus